

**Institut für den Donauraum und Mitteleuropa**  
**Wien 23. 4. 2007**  
**Republik Moldau: Perspektiven in Europa**

**Einführungsreferat „Geschichte und Identität“**  
**Wim van Meurs**  
**Universität Nimwegen (NL)**

---

Kaum ein Land ist mit einer solch komplexen und umstrittenen **Staatsgeschichte** belastet wie die Republik Moldau. Das im 14. Jahrhundert gegründete Fürstentum mit einer vorwiegend Rumänisch sprechenden Bevölkerung ist diesbezüglich nur die erste Staatsgründung in einer langen Reihe. Noch bevor die drei Fürstentümer sich in den 1860er Jahren und 1918 zum Staat Rumänien vereinten, hatte Russland sich das Gebiet zwischen den Flüssen Prut und Dnjestr („Bessarabien“) 1812 zugeeignet. Als dieses Gebiet 1918 an Rumänien ging, beschloss die Sowjetunion 1924, auf dem linken Dnjestrufer eine autonome Republik Moldau einzurichten, um das „bourgeoise“ Rumänien revolutionär (und später auch national) unter Druck zu halten. Die „Wiedervereinigung“ Bessarabiens mit der autonomen Republik 1940 war dennoch eine Annexion, eine Folge des Hitler-Stalin-Paktes. In der Eigenständigkeit und dem getrennten Entwicklungsweg der Gebiete auf dem linken Flussufer während der Zwischenkriegszeit finden sich Erklärungsansätze für den heutigen Sezessionskonflikt. Somit können jetzt sowohl der Ostteil Rumäniens als auch die unabhängige Republik östlich davon als auch die nicht-anerkannte Entität jenseits des Dnjestrflusses den Namen „Moldau“ und die entsprechende Staatstradition für sich reklamieren.

Nicht weniger bewegt und bewegend ist die **nationale Identität** der Moldauer. Ihre Sprache unterscheidet sich nicht signifikant vom Rumänischen und wenn sich Politiker oder Schriftsteller Anfang des 20. Jahrhunderts als „Moldauisch“ bezeichneten, nahmen sie wohl eher Bezug auf eine regionale als auf eine ethnische Identität. Dennoch ist es Stalin gelungen, die autonome Republik ab 1924 (und insbesondere nach dem 2. Weltkrieg) mit einer nationalen, von der Rumänischen zu unterscheidenden Identität zu untermauern. Die Propaganda und Konstruktion einer eigenen Sprache, Geschichte und Kultur fanden bei der Bevölkerung soviel Anklang, dass nach der Unabhängigkeit 1991 eine „Wiedervereinigung“ mit Rumänien nur für einen Teil der politischen Elite eine Selbstverständlichkeit war.

Seit der kurzen Phase des Bürgerkrieges 1991-1992 dominiert die **Dnjestrfrage** oder die Sezession des Territoriums der Republik Moldau auf dem linken Dnjestrufer die Politik des Landes. Obwohl die nicht-anerkannte Entität mit ihrer Industrieanlagen anfangs als unverzichtbar für die Lebensfähigkeit der Republik Moldau galt, ist die Entität heute als Brutstätte von organisierter Kriminalität, Schwarzwirtschaft und Menschenhandel nicht nur für das Land, sondern auch für Gesamteuropa zur Belastung geworden.

Die **Beziehungen zu Russland** haben für die kleine Republik einen außerordentlich hohen Stellenwert, nicht nur wegen der Abhängigkeit vom russischen Markt für die moldauischen Erzeugnisse (insbesondere Wein) sowie von Energieressourcen aus dem Nachbarland. Moskau spielt darüber hinaus bewusst eine wenig konstruktive Rolle in der moldauischen Politik, indem es die Dnjestrepublik subventioniert und Verhandlungen über eine Reintegration der Republik (und Abzug der russischen Truppen auf dem linken Dnjestrufer) gezielt verschleppt und verhindert. Wie bei anderen „frozen conflicts“ im postsowjetischen Raum ist dies ein weiterer Hebel der russischen Einflussnahme.

Positiv entwickelt haben sich dagegen die **Beziehungen zur Europäischen Union**. Die Republik Moldau hat sich nach der Aufnahme 2001 in den Stabilitätspakt für Südosteuropa energisch aber vergeblich um eine EU-Mitgliedschaftsperspektive im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für den Westbalkan bemüht. Da die EU 2004-2005 eigens für Länder wie Moldau und Ukraine eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik entworfen hat, steht eine solche Perspektive „nicht auf der Agenda“. Chisinau hat seitdem die Vorzüge des 2005 vereinbarten Aktionsplans zur Heranführung der Republik Moldau an europäische Standards zu würdigen gelernt. Die Vorzüge betreffen weniger die kaum gestiegene Transformationsunterstützung aus der EU, sondern vor allem die erhöhte politische und wirtschaftliche Aufmerksamkeit für Moldau. Dank des Aktionsplans gibt es heute eine EU-Delegation in Chisinau und haben die Mitgliedstaaten sich zu einem noch vor wenigen Jahren als undenkbar geachteten Schritt entschlossen – eine europäische Grenzüberwachungsmission zwischen der Republik Moldau und der Ukraine, um Schwarzhandel und Kriminalität aus der Dnjestrrepublik einzudämmen.